

Bezugspreise für das
ehemalige Österreich-Ung.
ganzjährig K 10.—
halbjährig K 5.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.50

für das übrige Ausland
ganzjährig K 12.—

Gottscheer Zeitung

Anzeigen (Inserate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gesendet.

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung der Gottscheer Zeitung in Gottschee Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung der Gottscheer Zeitung in Gottschee.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 5.

Gottschee, am 10. September 1919.

Jahrgang I.

Der jugoslawische Staat und die nationalen Minderheiten.

Der jugoslawische Staatsgedanke hat zur Voraussetzung, daß zunächst die Serben, Kroaten und Slowenen selbst ihr engeres Stammesbewußtsein mehr in den Hintergrund treten lassen und es dem Gemeinheitsgedanken ein- und unterordnen. Das erheischt eine gewisse Mäßigung und Einschränkung des provinziellen und Stammesbewußtseins gegenüber dem Gedanken der Staatsgemeinlichkeit. Da nun aber Jugoslawien in seinem Wesen ein Nationalstaat ist, erzeugt der Gedanke der Staatsgemeinlichkeit bei den Staatsangehörigen der drei südslawischen Stämme einen idealen Schwung, ein Hochgefühl, so daß das Zurücktreten des engeren Stammes- und Provinzialbewußtseins in die zweite Linie nicht auf allzugroße Hindernisse stößt, wenn sich auch, wie die Erfahrung lehrt, da und dort Schwierigkeiten zeigen.

Wie verhält sich nun aber die Sache bei jenen jugoslawischen Staatsbürgern, die nicht südslawischer Nationalität sind? Wir denken dabei in erster Linie an die Deutschen, die im neuen Staate etwas über eine Million ausmachen dürften? Wie kann bei den Nichtslawen das nationale Volksbewußtsein mit dem Staatsgedanken in Einklang gebracht werden? Ist eine harmonische Verbindung beider Hochgedanken möglich? Wir möchten diese Frage aufrichtig, ohne Hinterhältigkeit, ohne Heuchelei und Verstellung beantworten. Ist aber diese Beantwortung nicht eigentlich bereits praktisch gegeben? Liegen nicht schon Beispiele vor? Haben sich nicht z. B. die Deutschen in Ungarn mit ihren Wünschen und Hoffnungen stets im Rahmen ihres Staates bewegt? Sie haben den kräftigen Magyarisierungsversuchen, die von Budapest ausgingen, sich zwar nach Kräften und mit vielfachem Erfolg widersetzt, aber sie haben sich, wenn auch nicht als Magyaren, so doch als Ungarn gefühlt, sind oft dem Banner der Regierung gefolgt und haben nie an Staatsuntreue oder an Abfall gedacht. Ähnlich so wie in Ungarn haben es die Deutschen in allen Ländern stets gehalten, wo sie nicht der Staatsnation angehören. Man hat nie gehört, daß die deutschen Kolonien in Rußland oder anderswo etwa Verschwörerherde gegen die Staatsgewalt gewesen wären. Auch in Amerika verstehen es die Deutschen aufs beste, sich den dortigen staatlichen Verhältnissen einzuordnen. Der Deutsche ist kein Verschwörer, kein Rebell, er ist ein Freund der Ordnung, der staatlichen Disziplin, er ist durch und durch loyal gesinnt. Und diese Loyalität ist umso aufrichtiger und tiefer, je gerechter die Behandlung ist, die man dem Deutschen widerfahren läßt.

Das Nationalitätenprinzip ist durch den Pariser Friedensvertrag nicht in allen seinen Punkten verwirklicht worden, das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat sich nicht selten wesentliche Einschränkungen gefallen lassen müssen. Da sich nun in den neu entstandenen Nationalstaaten überall größere oder kleinere nationale

Minderheiten befinden, hat die Friedenskonferenz einen gewissen nationalen Schutz für diese Minderheiten beschlossen und festgesetzt.

Dem „Corriere della Sera“ wird berichtet, daß der Oberste Rat in Paris sich am 3. September mit der Frage der nationalen Minderheiten und ihrer Rechte in den Nationalstaaten befaßt hat. Bezüglich der Minderheiten im Königreiche SHS wurde folgende Verständigung erreicht und stimmeneinhellig genehmigt: Der Vertrag enthält genaue Bestimmungen bezüglich eines ausgiebigen Schutzes der Minderheiten, denen die Freiheit des Unterrichtes in der Muttersprache und die Freiheit des Glaubensbekenntnisses verbürgt wird. Außerdem wird den jugoslawischen Staatsbürgern anderer Nationalität der freie Gebrauch ihrer eigenen Sprache im Verkehr mit den öffentlichen Behörden zugestanden. Ferner wurde bestimmt, daß Wohltätigkeitsanstalten und Vereine für das öffentliche Wohl den Charakter ihrer Nationalität behalten können.

Der Inhalt dieser Bestimmungen deckt sich bei uns in mehreren Punkten mit dem gegenwärtigen Zustande, nur besteht nimmehr der wesentliche Unterschied, daß dieser Zustand nicht mehr als ein bloß geduldetes angesehen werden darf, sondern als gesetzlich begründeter und gestützter. Die Rechtslage hat sich demnach für die nationalen Minderheiten gebessert und günstiger gestaltet. Autonome Rechte, wie man sie bei uns eine Zeitlang erhofft hatte, haben die nationalen Minderheiten auch dort, wo sie verhältnismäßig größere Siedlungen bilden, durch obige Bestimmungen allerdings nicht erhalten. Eine gesetzliche und entscheidende Einflußnahme auf die Ernennung der Beamten und Lehrer in ihrem Territorium wird ihnen wohl kaum zugestanden werden.

Es wird nun vor allem darauf ankommen, in welchem Geiste die Bestimmungen des Minoritätenschutzes, die wir in ihren Einzelheiten bisher noch nicht kennen, tatsächlich zur Durchführung kommen. Der Staat hat es da in der Hand, das Bekenntnis seiner nationalen Minderheiten zu ihm sozusagen selbst zu erobern, indem er dieselben zufriedenstellt und wohlwollend behandelt. Auch die nichtslawischen Staatsangehörigen Jugoslawiens sollen sich im Staate wohl fühlen und nicht das Bewußtsein haben, als Staatsbürger minderen Grades angesehen zu werden.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Tuzar äußerte sich jüngst auf seiner Reise nach Deutschböhmen in Weipert u. a.: „Der höchste Wunsch der Regierung, der ich die Ehre habe vorzustehen, ist der, daß wir so bald wie möglich bezüglich des deutschen Volkes in Böhmen einen Modus vivendi finden, daß wir uns endlich nicht als Feinde, sondern als freie Bürger eines demokratischen Staates gegenüberstehen. Ich erkläre Ihnen, wir wollen in unserem Staate keine Bürger zweiten und dritten Ranges haben, sondern einfache Bürger, keine Unterschiede in der Nationalität.“ Wenn solchen Worten die entsprechenden Taten folgen, nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch in Jugoslawien, dann wird Jugoslawien und die Tschechoslowakei eine

Heimat werden für alle Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität, dann werden sie sich alle wohl fühlen wie zu Hause, als Freie unter Freien, als Gleiche unter Gleichen, und diese Zufriedenheit wird sozusagen von selbst das Bekenntnis zum Staate beinhalten.

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (Vom Klerus.) Herr Kaplan Anton Demšar wurde von Moräutsch nach Altenmarkt bei Laas versetzt, Herr Kaplan Franz Sušnik kam von St. Ruprecht nach Moräutsch.

— (Waffenübung.) Die Jahrgänge 1886 und 1887 werden zu einer zweiwöchigen Waffenübung einberufen, und zwar der Jahrgang 1887 für den 15., der Jahrgang 1886 für den 22. September. Der Jahrgang 1898 soll dagegen entlassen werden, und zwar die Mannschaft mit den Anfangsbuchstaben A bis M am 8., die übrige am 10. September.

— (Stadtgemeindevertretung.) Am 30. August fand eine Sitzung der Stadtgemeindevertretung statt. Das Gesuch des Herrn J. Piric in Gottschee um Verleiung der Gastgewerbekonzession wurde, weil der Lokalbedarf voll gedeckt ist und die Räumlichkeiten, in denen das Gastgewerbe ausgeübt werden soll, nicht entsprechend sind, abgelehnt. Die einzuhebenden Marktgebühren wurden, den jetzigen Verhältnissen entsprechend, abgeändert und wie folgt erhöht: für einen großen Stand 10 K, für einen kleinen 5, Verkauf von heimischen Tuchwaren, Schuhen und Strohhüten 5, ein Wagen mit Reifnitzer Holzware, Speck, Zwiebeln, Kartoffeln, Kraut 5, Topfwaren 10, Obstbäume per Stück 20 h, ein großer Korb Obst 3, ein kleiner 2, Geflügel per Stück 20 h, ein Korb Gemüse 20 h, ein Pferd 5, ein Ochse oder Stier 4, eine Kuh oder Kalbin 4, ein Kalb 2, ein Fettschwein 5, Fatterschwein 2, Ferkel 1, Schaf oder Ziege 5, von jeder anderen hier nicht angeführten Ware jeder einzelne Verkäufer 1 K. Mehrere Stipendien wurden an heimische Studierende verliehen. Die Gemeinde verpflichtet sich, zu den Kosten der gewerblichen Fortbildungsschule einen Beitrag von 500 K jährlich beizusteuern. Da die Gebrüder Loser den beim Verkauf der entbehrlichen Maschinen des städtischen Elektrizitätswerkes gestellten Bedingungen nicht voll und rechtzeitig nachgekommen sind, wird der Verkauf annulliert und es wird eine neuerliche Ausschreibung erfolgen. Die Pensionsbezüge der städtischen Beamten und Diener werden geregelt. Ein Ansuchen um Erhöhung der Armenunterstützung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

— (Hauptversammlung des Handelsgremiums.) Sonntag den 27. Juli 1919 fand um 2 Uhr nachmittags im Gasthause des Herrn Josef Verberber die Hauptversammlung des Handelsgremiums von Gottschee statt. Obmann-Stellvertreter Herr Franz Loy eröffnete die Hauptversammlung mit einer Begrüßung der anwesenden Mitglieder aus der Stadt, aus Nesselthal und aus Altlag sowie der erschienenen Vertreter der Handwerker, des Obmanns des Handwerkervereines Herrn Josef Tomitsch und des Obmanns der Genossenschaft Herrn Josef Pavlicek. Hierauf hielt er einen warmen Nachruf auf den verstorbenen ersten und verdienstvollen Obmann des Gremiums Herrn Matthias Kom d. A. und auf die übrigen verstorbenen oder im Kriege gefallenen Mitglieder. Zur Ehrung erhoben sich die Versammelten von ihren Sitzen. Herr Alois Kresse berichtete über die Tätigkeit des Gremiums in der Zeit des Weltkrieges. Herr Roman Koritnik erstattete den Kassabericht. Beide Berichte wurden genehmigend zur Kenntnis genommen. Die nun folgende Wahl in den Gremialausschuß hatte folgendes Ergebnis: Alois Kresse Obmann, Roman Koritnik Obmannstellvertreter, Johann Macher, Hans Hönigmann, M. Kom, J. Schöber und J. Kresse Ausschußmitglieder. Als Ersatzmänner wurden gewählt: Hans Kresse und Franz Göderer. Der neugewählte Obmann Herr Alois Kresse dankte für das ihm durch die Wahl entgegengebrachte Vertrauen, versprach, seine ganzen Kräfte in den Dienst des Gremiums stellen zu wollen, und bat um rege Mitarbeit der Mitglieder, nur so werde es möglich werden, daß

das Gremium im Interesse des heimischen Kaufmannstandes wirken wird. Das Gremium steht in nächster Zeit vor großen Fragen, die erledigt werden müssen. Es sind dies: Genaue Evidenz der Mitglieder, Gehilfen und Lehrlinge, Regelung des Verkehrs mit den Behörden behufs Erreichung geordneter Verhältnisse im Kaufmannstande sowie Herbeiführung einer gemeinsamen Arbeit mit Laibach und eines innigeren Verkehrs mit den auswärtigen Mitgliedern. Der Genossenschaftsobmann Herr Josef Pavlicek ersuchte den neugewählten Gremialausschuß, er möge sein Augenmerk auch darauf richten, daß das schöne Nebeneinanderarbeiten des Gremiums und der Genossenschaft nicht nur aufrechterbleibe, sondern noch ausgebaut werde. Eine rege Wechselrede zeitigte mehrere den unbefugten Handel betreffende Anfragen und Beschwerden. Herr Hans Macher erstattete einen ausführlichen und beifälligst aufgenommenen Bericht über eine in Laibach abgehaltene Versammlung der Kaufmannschaft in Slowenien.

— (Schulbeginn.) Am hiesigen Staatsrealgymnasium finden die Einschreibungen erst am 22. und 23. September statt, die Aufnahmsprüfungen am 24. September, das heil. Geistamt am 25. September. — Auch an den übrigen Schulen der Stadt ist der Schulbeginn für den 22. September anberaumt. Die Schulen auf dem Lande beginnen wie sonst üblich.

— (Wasserkraftanlage in der städtischen Mühle.) Der sorgsame Betriebsleiter unseres Wasser- und Elektrizitätswerkes hatte schon vor mehreren Jahren darauf aufmerksam gemacht, daß es angezeigt und vorteilhaft wäre, die Wasserkraft der Rinse zum Mitbetrieb unseres Wasser- und Elektrizitätswerkes heranzuziehen und zu verwerten. Allein man war anfangs der Meinung, daß die Wasserkraft der Rinse zu wenig bedeutend sei, um in Betracht zu kommen. Auch war ja der Preis für das zum Betriebe des Dieselmotors verwendete Kohöl so niedrig — 11 h pro Kilogramm —, daß die Sache an und für sich nicht besonders dringlich war. Nun kam der Weltkrieg und mit ihm die ins Ungemessene fortschreitende Teuerung. Das Kohöl stieg von 11 h pro Kilogramm auf K 5.50 und war seit dem Spätherbst des vorigen Jahres überhaupt nicht mehr erhältlich, so daß wieder auf den ursprünglichen Betrieb mit Kohlenfeuerung zurückgegriffen werden mußte. Aber auch der Preis der Kohle hatte sich mittlerweile ganz enorm erhöht, er war von 55 h für 100 kg vor dem Kriege allmählich auf 11 K pro 100 kg gestiegen, so daß wegen der sozusagen unerschwinglichen Kosten des Heizmaterials die Möglichkeit der Weiterführung des Wertes schon einigermaßen in Frage gestellt war. In dieser Klemme wurde nunmehr der bereits früher angeregte Plan der Ausnützung der Wasserkraft der Rinse aufs neue aufgegriffen und nahm jetzt praktische Gestalt an. Das Direktorium des städtischen Wasser- und Elektrizitätswerkes beschloß den Ankauf einer Turbine, die nunmehr zur Aufstellung gelangt. Es ist dies eine 40 PS-Franzisturbine der Ersten Turbinen- und Maschinenfabrik J. M. Voith in St. Pölten, welche den Wassermotor im Jahre 1914 an die Stiegelbrauerei in Salzburg für die dortige elektrische Anlage geliefert hatte. Dieser Motor wurde infolge Änderung (Vergrößerung) der dortigen elektrischen Zentrale frei und wurde nunmehr von unserem Wasser- und Elektrizitätswerke angekauft. Die Turbine ist von vollkommen moderner Konstruktion, befindet sich in tadellosem Zustand und ist den Wasserverhältnissen unserer städtischen Mühle bestens angepaßt, so daß sowohl die jeweilig vorhandene Wasserkraft für die Mühle und das Sägewerk ausgenützt, als auch insbesondere das Wasser- und Elektrizitätswerk durch Erzeugung elektrischen Stromes für die Beleuchtung aufs kräftigste unterstützt werden kann. Die Anschaffungskosten der Turbine einschließlich Fracht- und Zollspeisen betragen gegen 38.000 K, der Einbau ungefähr 6000 K. Durch die Heranziehung und Verwertung der Wasserkraft der Rinse wird es nunmehr möglich sein, den weiteren Betrieb des städtischen Wasser- und Elektrizitätswerkes aufrechtzuerhalten, auch den fabelhaft erhöhten Preisen des Kohöls sowie der teureren Schmiermittel usw. gegenüber. Die Wasserkraft der Rinse ist glücklicherweise insbesondere in jenen Monaten (Herbst und Winter) reichlicher vorhanden, in

denen sie für Beleuchtungszwecke in höherem Maße für den Betrieb in Anspruch genommen werden muß. Mit dem alten Wasserrade der städtischen Mühle wurden bereits seit dem Jahre 1917 sehr günstige Erfolge erzielt. Die effektive Leistung einer guten Turbine ist aber gegenüber der eines Wasserrades mindestens die dreifache, so daß der jährliche Strombedarf der Stadt Gottschee zur Hälfte durch die Wasserkraft seine Deckung finden wird.

— (Die Lokalorganisation der J S D S) für Gottschee und Umgebung veranstaltete Sonntag, den 7. September, in den Räumlichkeiten des Hotels „Zur Post“ eine Volksunterhaltung, die sich eines zahlreichen Zuspruches der hiesigen Bevölkerung erfreute. Ein Arbeiterführer aus Laibach hielt beim Einzuge vom Bahnhofe in die Stadt auf dem Hauptplatze eine Ansprache, in der er in feurigen Worten gegen den Völkerverhaß Stellung nahm. Das Volksfest begann zunächst mit einer Turpist. Der hierauf folgende Glückshafen wies zahlreiche hübsche Gewinngegenstände auf. Sodann wurde mit Eifer und Ausdauer dem Tanze gehuldigt. Die Musik besorgte in tadelloser Weise die Trifailer Werkkapelle. Die Stimmung war eine sehr belebte und gemütliche. Es wurden abwechselnd deutsche und slowenische Lieder gesungen. Der Reinertrag der Veranstaltung, der für Bildungszwecke bestimmt ist, soll sich, wie man uns mitteilt, auf rund 4000 K belaufen.

— (Verkauf von reinrassigen Stieren.) Es wird hiemit darauf aufmerksam gemacht, daß am 16. September in Görttschach (Eisenbahnstation Zwischenwässern in Oberkrain) zwölf reinrassige Stiere (Montavoner) im Alter von eineinhalb Jahren im Wege der öffentlichen Versteigerung veräußert werden.

— (Der Handelsvertrag mit Österreich) wurde am 3. September unterfertigt.

— (Ein neues Bankinstitut in Österreich.) Nach den neuen Friedensbedingungen wird von Österreich gefordert, sogleich ein neues Bankinstitut zu bestimmen, das die Österreichisch-ungarische Bank zu ersetzen hat.

— (Abrechnung zwischen den Angehörigen der Nachfolgerstaaten.) Bezüglich der Abrechnung gelten nach den neuen Friedensbedingungen folgende Bestimmungen: In den Beziehungen zu dem neu gebildeten Polen und Tschechoslowakien wird die Kommission für Wiederaufbau und Reparation den Kurs festsetzen, falls die betreffenden Staaten sich darüber nicht selbst einigen sollten. Gegenseitige Schulden ehemaliger österreichischer Untertanen werden in der Valuta jenes Staates bezahlt, dessen Bürger der gewesene österreichische Staatsangehörige wurde, wobei als Abrechnungskurs der Durchschnittskurs laut Notierungen der Genfer Börse im Monate Oktober 1918 gelten wird. Die gleichen Bestimmungen gelten hinsichtlich der Vermögensrestitutionsen. Das Kompensationsverfahren, welches im dritten Kapitel vorgesehen ist, kann jedoch bezüglich der Schulden einstiger österreichischer Untertanen nicht in Anwendung gebracht werden. Das die Liquidierung des Vermögens österreichischer Staatsbürger, die sich auf dem Territorium eines der alliierten oder assoziierten Staaten befinden, behandelnde Kapitel bleibt in Kraft.

— (Die Laibacher Universität.) Regent Alexander hat am 29. August die Verordnung unterzeichnet, mit der das Gesetz über die Errichtung einer Universität in Laibach in Gültigkeit tritt und gleichzeitig die ersten Professoren der Universität ernannt werden, die zugleich die Aufgabe haben, weitere Vorschläge wegen weiterer Ernennungen zu unterbreiten. Unter den Professoren an der juristischen Fakultät befindet sich in erster Linie Dr. Joh. Zolger, gewesener Minister und ordentlicher Professor an der Wiener Universität. Zu Professoren an der theologischen Fakultät wurden ernannt: Dr. J. Zore, Dr. M. Ušeničnik und Dr. J. Ušeničnik, alle drei bisher Professoren an der theologischen Diözesanlehranstalt in Laibach.

— (Das Gillier Staatsgymnasium) wird mit Beginn des Schuljahres 1919/20 in ein Realgymnasium mit slowenischer Unterrichtssprache umgewandelt. Bis zur endgültigen Schulreform wird das Griechische von der 5. Klasse an als nichtobligatorer Gegenstand vorgetragen.

— (Entlassung aus der Armee.) Der Kriegsminister hat neuerlich angeordnet, daß alle Militärpflichtigen über 38 Jahre aus der Armee zu entlassen sind. Dieselben werden abgemeldet und können nach Hause zurückkehren.

— (Aufenthaltsbeschränkung in Laibach.) Zufolge eines Erlasses der Landesregierung für Slowenien muß jeder, der sich im Gebiete der Polizeidirektion dauernd niederlassen oder dort sich länger als sieben Tage aufhalten will, eine behördliche Bewilligung hiezu haben. Wer eine solche Bewilligung nicht hat, muß das Gebiet sofort verlassen.

— (Hochschule für Welthandel.) Die Exportakademie in Wien ist nunmehr in eine „Hochschule für Welthandel“ umgestaltet worden. Sie genießt ein großes Ansehen. Vergangenes Jahr hatte sie nahezu 7000 Hörer.

— (Neuabstempelung der Banknoten?) Agrarblätter bringen die Nachricht, daß die Regierung eine Neuabstempelung der Banknoten beabsichtigt, die jedoch in anderer Weise als die erste vorgenommen werden soll.

— (Ausweisung feindlicher Ausländer.) Einem Erlasse der Regierung in Laibach zufolge dürfen Untertanen feindlicher Staaten (Deutschland, Deutschösterreich, Ungarn, Bulgarien und Türkei) im Bereiche der Polizeidirektion Laibach nur mit Bewilligung der Landesregierung wohnen. Die Gesuche müssen bis 30. September überreicht werden, widrigenfalls der betreffende Ausländer das Gebiet sofort zu verlassen hat. Wird ein Gesuch abgewiesen, so hat der Gesuchsteller binnen 14 Tagen den Ort zu verlassen.

— (Falsche Banknoten aus Ungarn in Zirkulation.) Es wurde die Beobachtung gemacht, daß auf das Territorium unseres Staates Zweikronennoten eingeschmuggelt werden, welche in Ungarn von der Bolschewiki-Regierung erzeugt wurden. Diese Banknoten unterscheiden sich von den gültigen dadurch, daß sie die Serie 300 aufweisen, während die Serienzahl bei den richtigen Banknoten 200 nicht überschreitet.

— (Umwechseln von Dollars.) Vor dem Kriege zahlte man für den Dollar bei uns nur 5 Kronen. Gegenwärtig bewegt sich der Dollarkurs bereits auf der Höhe von 48 Kronen und darüber. Von unseren Rückkehrern aus Amerika sind, wie man hört, nun besonders in der ersten Zeit so manche beim Umwechseln ihres Dollarbesitzes in Kronen ziemlich stark übervorteilt worden. Man zahlte ihnen für einen Dollar nur 30 K zu einer Zeit, als der Kurs bereits bedeutend höher stand. Vielleicht war so mancher sogar noch überrascht, daß er so viel bekam, da er nicht davon unterrichtet war, daß der Umwechslungskurs sich mittlerweile so bedeutend erhöht hatte. Durch solche Übervorteilung büßten einzelne eine Summe ein, die einem vollen Jahresverdienste und darüber in Amerika gleich kam.

— (Der Handelsvertrag mit Österreich.) Aus Belgrad wird gemeldet, daß im Verlaufe der Konferenz über den Kompensationsvertrag mit Deutschösterreich der Vorschlag durchdrang, daß die Preise unseres Getreides auf die Weise geschützt werden, daß ein besonderes Komitee sie nach der internationalen Marktlage feststellen wird.

— (Essen, nicht Politik!) In Weinberge (Prag) fand kürzlich eine Volksversammlung unter freiem Himmel statt. Als sich einige Redner in politischen Auslassungen ergingen, wurden sie von der Menge mit den Rufen unterbrochen: „Laßt eure Politik, gebet uns essen!“

— (Die Post.) Keine Briefe, keine Blätter! Schlage drein das Donnerwetter! Sage mir, mein lieber Vetter, wann kommt endlich ein Erretter? Morgens steh' ich auf und suche, ob die Zeitung schon bereit. Abends schimpf' ich laut und fluche: „Feile Dirn, wo blieb sie heut? Anfangs wollt' ich fast verzagen, glaubend, ich verträug es nicht, hab's indessen doch ertragen, aber fragi mich nur nicht wie? (Nach H. Heine.) — Feder, Tinte und Papier, weit seid ihr gekommen! Das Papier, ein Fetzen schier, Tinte bleich, verschwommen! Selbst die beste Feder kratzt auf der groben Fläche,

jede Zeile ist verpaßt, als ob man sich räche am Empfänger für die Mühe, die man sich gegeben; ob der Brief ihm aber blüht, wird er das erleben?

— (Die Konferenz.) In St. Germain die Konferenz, was hat sie wohl bisher getan? Sie kümmert sich um keine Grenz, sie hat mit jedem einen Spahn. Und Wilson, dieser Philosoph, mit seinem Selbstbestimmungsrecht, der nur von Menschenliebe troff, entzieht sich sorgsam dem Gefecht. Der Völkerverbund ist auch kein Licht, zu leuchten heim der Ländergier. Was der Erfahrung widerspricht, ist bloß beschriebenes Papier. Mit seinen vierzehn Thesen meint's vielleicht nicht übel unser Mann, nur hat er sich verrechnet scheint's und mag sich fragen dann und wann.

— (Der neue Kompensationsvertrag mit Österreich.) Der neue Kompensationsvertrag mit Österreich wurde abgeschlossen. Nun beginnt die Lebensmittelausfuhr im Rahmen dieses Vertrages. Ein Fünftel des Gesamtwertes der bewilligten Ausfuhr und den ganzen Restbetrag des Wertes der von Österreich auf Grund des ersten Vertrages nicht gelieferten Waren muß Österreich in gesunder Valuta bezahlen.

— (Die neue Regierung.) Knapp vor Redaktionsschluß erfahren wir die wahrscheinliche Rekonstruktion des Kabinetts. Hiernach dürfte Davidović Ministerpräsident werden, Dr. Korosec Vizpräsident, Protic Minister für die Konstituante, Nestorovic Minister des Innern, Dr. Trumbic Außenminister, General Hadzic Kriegsminister, Dr. Beljovic Finanzminister usw. Die neue Regierung wird eine Koalitionsregierung sein, in der alle Parteien vertreten sein werden mit Ausnahme des Narodni Klub.

— (Gegen den Schleich- und Kettenhandel.) In einem Zeitungsartikel des „Slovenski Narod“ („Tihotapstvo in veriznistvo“, 31. August) wird dem Schleichhandel sowie dem vererblichen Treiben der Kettenhändler scharf zu Leibe gerückt und geklagt, daß die Behörden dieser Frage viel zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Wie könnte der Schädigung unserer Heimat und unseres Staates durch das schamlose Treiben der Schleich- und Kettenhändler am wirksamsten begegnet werden? fragt der Verfasser des Artikels und schlägt vor: Jedem Gemeindevorsteher, jedem Gendarmerieposten sowie jeder Bezirkshauptmannschaft sind die verschiedenen Schleich- und Kettenhändler wohl bekannt; man stelle sie also sofort unter Polizeiaufsicht und Sorge dafür, daß sie zu ihrer früheren Beschäftigung zurückkehren. Jede Entfernung aus dem Bereiche ihres Heimatsortes soll ihnen streng verboten werden. Jedem Schleichhändler soll seine Ware mit Beschlagnahme belegt werden. Hierbei soll das Kontrollorgan seine richtigen Prozente bekommen. Ein besonderes Augenmerk ist den Schleichhändlern weiblichen Geschlechtes zuzuwenden.

— (Fiume.) Nach einer Berechnung des Ministers Dr. Trumbic entfallen 50 Prozent des Handelsverkehrs in Fiume (Reka) auf die jugoslawischen Gebiete. Andere behaupten, er sei viel geringer. Es ist kein Zweifel, daß Fiume in Zukunft mit dem aufblühenden Handel seines jugoslawischen Hinterlandes genug beschäftigt werden wird. Allerdings ist Fiume vom technischen Standpunkte aus kein erstklassiger Hafen, und zwar wegen der Tiefenverhältnisse, welche sofort vom Ufer auf 70 Meter hinabgehen und Bau von Molos sehr kostspielig machen.

— (Jahresbudget des Staates.) Das Jahresbudget des jugoslawischen Staates beträgt mehr als dreieinhalb Milliarden. Nach einer im „Agramer Tagblatt“ aufgestellten Berechnung wird der Staat zur Deckung dieser Riesenziffer die Steuerkraft der Staatsbürger in hohem Maße beanspruchen müssen. Es entfallen pro Kopf jährlich gegen 300 Kronen an jährlichen Lasten.

— (Einschränkung der amerikanischen Einwanderung.) „Il Resto di Carlino“ schreibt: In Italien hat die unlängst im amerikanischen Senate vom Senator Dillingham vorgeschlagene Bill, daß die Einreise von Fremden in die Vereinigten Staaten auf eine jährliche Zahl eingeschränkt werde, welche 50% der Fremden, die sich in der Union schon befinden, nicht überschreiten soll, große Beunruhigung hervorgerufen.

— (Das Verhältnis der Südslawen zu den Deutschen.) In einem Aufsatz („Südslawische Außenpolitik“) im „Agramer Tagblatt“ bespricht Spiridion Gopčević das Verhältnis der Südslawen zu den Deutschen. Letztere haben sich bisher, führt er aus, in der Geschichte als die unveröhnlichsten Feinde des Slawentums gezeigt. Als lebenskräftige Rasse hatten die Deutschen einen starken Bevölkerungsüberschuß, der sie dazu zwang, den Kontinent planmäßig zu kolonisieren. „Das österreichische Imperium war der vollendetste Ausdruck dieser Besiedlungspolitik, die natürlich nur auf Kosten der Slawen durchgeführt werden konnte . . . Hätten die Deutschen 1848 erkannt, daß westliche Kultur zu den Slawen allmählich doch durchgedrungen war und das slawische Nationalbewußtsein stärkte, so hätten sie begreifen müssen, daß das begonnene Werk, die Germanisierung Mittel- und Osteuropas, nun nicht mehr vollendet werden könne. Richtige Überlegung hätte sie dann dazu geführt, die Freundschaft der Slawen zu suchen, statt sie zu befeinden, zu unterdrücken und gegeneinander zu heizen. Dieser Mangel an Erkenntnis ist es so recht eigentlich, der die Deutschen jetzt in namenloses Unglück gestürzt hat.“ Gegenüber dem Gelärme der deutschen Chauvinisten, die auch jetzt noch immer den „Giftsamen der Unversöhnlichkeit“ säen, sei es schwer, zu einem gutnachbarlichen Verhältnis mit den Deutschen zu kommen. „Wollen wir es anstreben, so müssen wir auch in Österreich wie in Italien aufklärend wirken. Wir müssen der Agitation der Südmärkdeutschen entgegenarbeiten, ihre Übertreibungen auf das richtige Maß zurückführen und die Menge des deutschen Volkes durch gerechte Behandlung ihrer hier eingesprengten Stammesgenossen davon überzeugen, daß wir die Freiheit nicht nur für uns, sondern auch für andere lieben.“

— (Ministerpräsident Tusar über die nationale Gleichberechtigung.) Bei seiner jüngsten Anwesenheit in Weipert (Deutschböhmen) äußerte sich der tschechoslowakische Ministerpräsident Tusar in einer Ansprache u. a.: Der höchste Wunsch der Regierung ist der, daß wir sobald als möglich mit dem deutschen Volke in Böhmen einen „modus vivendi“ finden, der uns gegenseitig nicht als Feinde, sondern als freie Bürger eines freien Staates leben läßt. Ich will offen erklären: Wir wollen in unserem Staate gar keine Bürger zweiten und dritten Ranges haben, sondern wir wollen keinen Unterschied machen in der Nationalität. Wir wollen dem deutschen Volke die vollständige Gleichberechtigung geben, nicht geben, sondern wir stehen auf dem Standpunkte, jedes Volk hat die volle Gleichberechtigung (Bravo-Rufe!), die Gleichberechtigung kann einem Volke von niemandem gegeben werden.

— (Schutz der nationalen Minderheiten in den neuen Staaten.) Der Friedensvertrag enthält genaue Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten, denen die Freiheit des Unterrichts in der Muttersprache und die Freiheit der Religionsausübung verbürgt wird. Weiters bestimmt der Vertrag, daß den jugoslawischen Staatsbürgern fremder Nationalität der freie Gebrauch der eigenen Sprache im Verkehre mit den öffentlichen Behörden zugestanden wird. Festgesetzt ist auch, daß die Wohltätigkeitsanstalten und Gesellschaften (Vereine) für öffentliche Wohlfahrtszwecke ihren nationalen Charakter beibehalten können. — Das ist offenbar nur ein Auszug, der die Hauptpunkte enthält. Es wäre für uns sehr wünschenswert, so bald als möglich den vollen Wortlaut dieser Bestimmungen des Minoritätenschutzes zu erfahren. — „Petit Parisien“ meldet, daß infolge der Haltung Rumäniens auch Serbien beschloffen habe, den Friedensvertrag mit Deutschösterreich nicht zu unterschreiben, wenn die Bedingungen über den Schutz der nationalen Minderheiten nicht auf jene Gebiete beschränkt bleiben, die ehemals Bestandteile der österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet hätten. — Nach einer Pariser Meldung heißt es, daß Serbien sich weigern werde, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, es sei denn, daß die Bestimmungen über den Schutz der nationalen Minderheiten, die nach der serbischen Auffassung zu den Grundsätzen der Hoheitsrechte im Widerspruch stünden, geändert werden. — Artikel 24 (Schutz der Minoritäten) lautet: Der Staat der Serben, Kroaten

und Slowenen stimmt der Bestimmung zu, daß die Mächte, falls sie dies für notwendig finden, den Schutz jener Einwohner im Staate der Serben, Kroaten und Slowenen übernehmen, die sich von der Mehrheit der Bevölkerung nach Rasse, Sprache oder Religion unterscheiden, und willigt auch ein, daß diese Zustimmung in einen Vertrag mit den alliierten und assoziierten Hauptmächten aufgenommen werde. Das „Agramer Tagblatt“ schreibt: „Außer den Grenzbestimmungen sind speziell die Bestimmungen über den Minoritätenschutz gegenwärtig bekanntlich die aktuellsten Fragen unserer auswärtigen Politik, da sie eine Beeinträchtigung unserer Souveränität involvieren könnten und bezüglich deren unsere Friedensdelegation bereits die entsprechenden Schritte unternommen hat. Indem nun die Verlautbarung des betreffenden Artikels unsere Öffentlichkeit mit dem genauen Inhalt bekannt macht, bringt sie gleichzeitig eine gewisse Beruhigung, da es sich zeigt, daß die Großmächte auch bei dieser uns nicht befriedigenden Textierung bedacht waren, im gewissen Sinne unserem berechtigten Nationalstolz Rechnung zu tragen.“ — Eine hervorragende serbische Persönlichkeit erklärte dem Korrespondenten des „Temps“ u. a.: Dem Prinzipie des Minoritätenschutzes, wie auch der Gesamtheit des Friedensvertrages widersetzen wir uns keinesfalls. Wir wissen wohl, daß wir einen kleinen Staat vertreten, dessen Schicksal von der Entente abhängt.

— (Pauschalfrankierung.) Vom 1. September an können Tagesblätter die Postgebühren in Bargeld erlegen, so daß die zur Versendung kommenden Zeitungen nicht mehr mit Portomarken versehen werden müssen.

— (Vorbereitungen für die Gemeindevahlen.) Das Ministerium des Innern hat an die Gemeinden den Auftrag hinausgegeben, mit den Vorarbeiten für die Zusammenstellung der Wählerlisten zu beginnen.

— (Die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages mit Österreich.) In Anbetracht der Einwände der österreichischen Delegation haben die alliierten und assoziierten Mächte einige beträchtliche Aenderungen in den wirtschaftlichen Klauseln eintreten lassen. Das Eigentum österreichischer Staatsangehöriger in den Gebieten, die an die Entente abzutreten sind, wird den Eigentümern belassen. Diese Güter werden keiner Liquidation unterworfen und es wird auch für die Zukunft hierfür garantiert. Die Verträge zwischen österreichischen Staatsbürgern und den Staatsangehörigen der Nachfolgerstaaten bleiben bestehen. Die noch schwebenden Fragen bezüglich der Beziehungen der österreichischen Staatsangehörigen zu denjenigen der benachbarten Nachfolgerstaaten werden durch ein Sonderabkommen geregelt werden. — Die Bestimmung, daß deutschösterreichische Vermögen in den Gebieten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie nicht liquidiert werden dürfen, wird dahin ergänzt, daß alle seit dem 3. November 1918 gegen solche Vermögen ergriffenen Maßregeln rückgängig zu machen sind und daß diese Vermögen in dem Zustande zu übergeben sind, in dem sie sich vorher befanden. Diese Bestimmungen beziehen sich auch auf Vermögen juristischer Personen.

— (Zur Regierungskrise.) Es zeigt sich, daß die demokratisch-sozialistische Koalition zu schwach ist, um gegenüber der mächtigen Opposition die Regierungsgeschäfte allein führen zu können.

Das Regierungsprogramm ist zwar reichhaltig und sachlich geschickt zusammengestellt und entbehrt fast jeder parteipolitischen Schattierung, aber die Mehrheit, über die die Regierung verfügt, ist zu klein, um eine ruhige Fortführung der Geschäfte zu ermöglichen. Es handelt sich, wie die „Cillier Zeitung“ betont, in der Hauptsache um Personalfragen und letzten Endes um eine Machtfrage und um die kommenden Wahlen; die Radikalen werden es auf jeden Fall zu verhindern trachten, daß die Wahlen in die Konstituante von den Demokraten allein gemacht werden. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Nationalversammlung hat nur ein Konzentrationsministerium oder doch ein Ministerium, das sich auf alle größeren Parteien stützt, Aussicht auf Bestand. Eine Lösung in diesem Sinne muß gefunden werden. Die Krise muß überwunden werden, damit sodann sofort nach Schaffung eines neuen Wahlgesezes eine vom Volke gewählte Nationalversammlung die Führung der Staatsgeschäfte übernehmen kann.

— (Zuckerung des Weines.) Das Ackerbauministerium hat auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1917 mit Rücksicht auf die heurige sehr ungünstige Witterung die Beisezung von Zucker zum Weinmost gestattet. Die Verwendung von Zucker ist vom Beginn der Weinlese bis 30. November zulässig. Spätestens 15. Dezember müssen die Weingartenbesitzer, die eine Versüßung des Weinmostes oder der Weintreber vorgenommen haben, der Bezirkshauptmannschaft die Menge des versüßten Weinmostes und die Menge des verwendeten Zuckers bekanntgeben.

Mitterdorf. (Zum zweitenmal bestohlen.) Den Reuschler Stefan Perz aus Oberloschin verfolgt heuer ein eigenes Geschick. Das erstemal hat man ihm im Frühjahr seine bessere Gewandung gestohlen. Was noch an Schuhwerk, Kleibern, Bettwäsche und ersparten Kreuzern geblieben war, haben ihm vorige Woche, als er mit der Frau am Felde war, die Diebe auch noch fortgetragen. Die ins Staudach hineingebaute, alleinstehende Reusche erleichterte dem Diebsgesindel das Handwerk. Das Stehlen ist überhaupt so alltäglich geworden, daß kein Raum mehr fest genug verschlossen werden kann. Bei hellichem Tage haben sich in den letzten Wochen in den Heunteilen Diebe umhergeschlichen und den Leuten Sensen, Rucksäcke, Speisen und Getränke gestohlen.

— (Gestorben) ist am 7. September nach kurzer Krankheit der Besitzer Johann Perz in Ort 3.

— (Nicht übel.) In einer vom 17. August datierten, aus Cleveland herübergelanten Karte schreibt ein um seine Heimat besorgtes Gottscheer Mädchen wörtlich: „Es war heut in der Zeitung, daß Gottschee freies Land in Rußland bekommt!“

Gönnenitz. (Todesfall.) Laut einer telegraphischen Nachricht, die am 29. August hier einlangte, ist Herr Rittmeister Tränkl, Jagdmithpächter unserer Gemeindejagd, der in früheren Jahren alljährlich ein- oder zweimal Gönnenitz besuchte, am 28. August auf seinem Gutsbesitze in Lichtenwald, Südsteiermark, gestorben. Der Genannte hatte einen lebenswürdigen Charakter und steht bei der hiesigen Bevölkerung in gutem Andenken.

Sainburg in Niederösterreich. (Trauung.) Kürzlich wurde hier Herr Josef Tillmann, Kaufmann, mit Fräulein Mizzi Kraker aus Gottschee getraut.

Aus dem Amtsblatte der Landesregierung SHS in Laibach.

B. 4744.

Grundmachung.

An der Hebammenschule in Laibach beginnt am 1. Oktober 1919 der Lehrkurs für Hebammen mit slowenischer Unterrichtssprache. In diesen Kurs werden Frauen aufgenommen, die das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten und die, wenn sie noch nicht verheiratet sind, das 24. Lebensjahr schon vollendet haben und der Unterrichtssprache in Wort und Schrift mächtig sind. Der Unterricht ist unentgeltlich. Die Aufnahmewerberinnen müssen sich bis 30. September 1919 bei der Direktion der Hebammenschule in Laibach persönlich melden und ihren Tauf- und Geburtschein, event. den Trauungs-

schein oder, wenn Witwe, den Totenschein des Mannes, ferner ein behördlich beglaubigtes Sittenzeugnis, ein Zeugnis des Amtsarztes der zuständigen politischen Behörde, daß sie gesund sowie körperlich und geistig für den Unterricht geeignet sind, ein Zeugnis, daß sie geimpft wurden, und endlich alle jene Zeugnisse, die sie besitzen, vorweisen.

Für diesen Kurs sind auch zehn Stipendien zu 200 K ausgeschrieben; auch werden die Kosten für die Fahrt hin und zurück rückerstattet.

Jene Frauen, die um ein Stipendium ansuchen, müssen ihre Gesuche, belegt mit den angeführten Dokumenten und mit dem gesetzlichen Armutzeugnisse, bis 15. September 1919 bei der bezüglichen Bezirkshauptmannschaft einreichen.

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzeile oder eben Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen von den in unserem Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Boten“ zu beziehen.

Verein der Deutschen a. Gottschiee

in Wien.

Sitz: I., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, I., Babenbergerstraße Nr. 5a.

Der Konsumverein

am Kohlengewerke in Gottschiee kauft jederzeit Kartoffeln, Fisoln und Speck zu Tagespreisen. **Konsumkontrolle.**

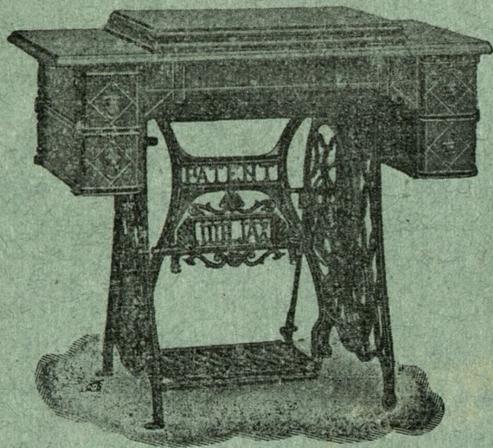
Ein schwarzer und ein blonder Herr

wünschen zur Anknüpfung einer Bekanntschaft mit einer hübschen jungen Dame in schriftlichen Verkehr zu treten. Zuschriften sind unter der Chiffre SB 100 postlagernd Gottschiee zu richten.

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten

Fahrräder und Nähmaschinen

für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.

Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn • Laibach
Wienerstrasse Nr. 15.

Sparkasse der Stadt Gottschiee.

Ausweis f. d. Monat August 1919.

Einlagen: Stand Ende Juli 1919	K 10,938.877-91
Eingelegt von 161 Parteien	„ 301.684-52
Behoben von 319 Parteien	„ 317.728-62
Kapital. Zinsen im 1. Sem.	„ 179.227-99
Stand Ende August 1919	„ 10,922.833-81
Allgem. Reservefond Stand Ende 1918	„ 699.456-99

Hypothekar-Darlehen: zugezahlt	„ —
rückgezahlt	„ 65.373-30
Stand Ende Juli 1919	„ 2,915.323-18

Wechsel-Darlehen:	
Stand Ende August 1919	„ 190.211-50

Zinsfuß:
für Einlagen $3\frac{1}{2}\%$ ohne Abzug der Rentensteuer,
für Hypotheken im Bezirke Gottschiee 5% ,
für Hypotheken in anderen Bezirken $4\frac{1}{2}\%$,
für Wechsel 6% .

Gottschiee, am 30. August 1919.

Die Direktion.

Hadern gemischt, jeder Art, Schweinshaare, Ochsen- und Pferde-Schweishaare, Felle von Wild jeder Art kaufen zu besten Preisen **A. Chorinek und So. in Gitti.**

Jeder sein eigener Reparateur!



Meine Lumar-Handnähahle näht Steppstiche wie mit Nähmaschine. Größte Erfindung, um Leder, zerrissenes Schuhwerk-Geschirre, Felle, Teppiche, Wagendecken, Zeltstoffe, Filz, Fahrradmäntel, Säcke, Leinwand und alle andern starken Stoffe selbst flicken zu können. Unentbehrlich für jedermann. Eine Wohlthat für Handwerker, Landwirte und Soldaten. Ein Jubel für Sportsleute. Feste Konstruktion, kinderleichte Handhabung. Garantie für Brauchbarkeit. Übertrifft alle Konkurrenz-Fabrikate.

... Soll in keinem Haushalte fehlen ... 14
Viele freiwillige Belobungsschreiben.

Preis der kompletten Nähahle mit Zwirn, 4 verschiedenen Nadeln und Gebrauchsanweisung K 4, 2 Stück K 7-50, 3 Stück K 11 5 Stück K 18. Versand bei Geld-Voreinsendung portofrei, bei Nachnahme Porto extra. **Josef Pelz, Wien XIV., Schwelg erg. 15**

Sparkasse der Stadt Gottschiee

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11,272.732-27.

Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) $3\frac{1}{2}\%$.

Zinsfuß für Hypotheken im Bezirke Gottschiee $5\frac{1}{2}\%$, in anderen $5\frac{3}{4}\%$.

Das Amtsklokal der Sparkasse der Stadt Gottschiee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmarttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.